

Ergebnisse des Dialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung mit den Streitkräften

Eine Zukunft für die Bundeswehr

Karl-Heinz Kamp u. a.

Die Zukunft der Bundeswehr zwischen neuen Anforderungen einerseits und drastisch beschnittenem Finanzrahmen andererseits ist derzeit die zentrale verteidigungspolitische Frage in Deutschland.

Eine Vielzahl von Kommissionen, Gremien und Expertengruppen hat Konzepte und Modelle erarbeitet, wie die Streitkräfte künftig strukturiert und finanziert werden sollen, um den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht werden zu können. Dabei wird häufig über die Belange der Streitkräfte geurteilt, ohne dass die Angehörigen der Bundeswehr selbst hinlänglich in der Öffentlichkeit zu Wort kommen.

Das Dialogkonzept

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet einen Beitrag zur aktuellen Bundeswehrdiskussion, der die Meinungen, Stimmungen und Anregungen aus der Bundeswehr aufnimmt, diese verdichtet und als Faktoren für die politischen Entscheidungsprozesse anbietet. In einer nahezu bundesweiten Veranstaltungsreihe haben die 22 Bildungswerke der Stiftung zwischen Februar und Mai 2000 eine Vielzahl von Diskussionsrunden und Expertengesprächen organisiert, in denen sich Politiker, Militärs und sicher-

heitspolitische Experten den Fragen und Diskussionsbeiträgen der Soldaten stellten. In den Debatten ging es weniger um grundlegende sicherheitspolitische Konzepte, sondern eher um die Alltagsbelange einer Bundeswehr, deren Rolle und Selbstverständnis derzeit einem erheblichen Wandel unterworfen sind. Jede Veranstaltung wurde in Abstimmung mit den örtlichen Kommandeuren der Bundeswehr organisiert und war an den spezifischen Interessen und Erfordernissen der beteiligten Einheiten orientiert. Mehr als tausend Teilnehmer – aktive Soldaten, Reservisten und Zivilangestellte der Bundeswehr – konnten auf diese Weise ihre Ideen, Kritikpunkte und Erfahrungen äußern. Dabei beschränkten sich die Kommentare keinesfalls allein auf die Forderung nach „mehr Geld für die Streitkräfte“. Stattdessen suchten die Teilnehmer mit großer Sachkenntnis, hohem Engagement und bemerkenswertem Empathievermögen in die aktuellen Probleme nach positiven Wegen und Optionen aus der derzeitigen Krise der Bundeswehr. Alle Gesprächsrunden wurden von den sicherheitspolitischen Experten der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgewertet und in einem Abschlussbericht zusammengefasst. Vor Veröffentlichung wurde der Bericht mit

hochrangigen militärischen Fachleuten diskutiert. Hierzu zählten unter anderen: Alfred Fletcher, Brigadegeneral a. D., Hans Frank, Vizeadmiral a. D., Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Rolf Hüttel, Generalleutnant a. D., Klaus Naumann, General a. D., Jörk-Eckart Reschke, Flotillenadmiral a. D., Professor Lothar Rühl, Staatssekretär a. D., Hans-Henning von Sandrart, General a. D., Dieter Wellershoff, Admiral a. D.

Ziel dieses Berichtes ist es nicht, den vorliegenden Modellen zur künftigen Ausgestaltung der Bundeswehr – wie etwa dem Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ – ein weiteres hinzuzufügen oder eine umfassende Stellungnahme entgegenzusetzen. Stattdessen soll eine Lagebeurteilung aus der Sicht der Streitkräfte gegeben werden, die sich sowohl an politische Entscheidungsträger wie auch an die breite Öffentlichkeit wendet. Für die operative Politik ist es ein authentisches Stimmungsbild, das in den anstehenden Entscheidungen zur künftigen Ausgestaltung der Bundeswehr berücksichtigt werden muss. In der Öffentlichkeit soll durch diesen Bericht das Verständnis für die Belange der Bundeswehr gefördert, der geistige Standort der Soldaten aufgezeigt und die gesellschaftliche Anerkennung für die Leistungen der Streitkräfte erhöht werden.

Ergebnisse der Diskussion mit den Angehörigen der Bundeswehr

Auswertung und Verdichtung der Ergebnisse der vielen Dialogveranstaltungen lassen sechs Schwerpunkte erkennen, die auf Grund der Häufigkeit, mit der diese angeprochen wurden, nicht mehr als Meinung Einzelner, sondern als „Bundeswehr-typi-

sches Ungemach“ bezeichnet werden können. Sie kennzeichnen somit die Felder, die bei Strukturdiskussionen vorrangig zu bedenken sind:

- Erwartungen der Streitkräfte an die Politik
- die Neugestaltung der Bundeswehr
- Probleme der Auftragserfüllung
- Krisenmanagement als neue Rolle für die Streitkräfte
- Bundeswehr und Rationalisierung
- die Zukunft der Wehrpflicht

Erwartungen der Streitkräfte an die Politik

Bei der Frage nach dem grundlegenden Rollenverständnis der Streitkräfte erwies es sich als absolut unstrittig, dass die Politik die Aufgaben der Streitkräfte bestimmen muss. Hieraus allerdings erwächst eine hohe Verantwortung: Wenn politische Entscheidungsträger von den Streitkräften bestimmte Fähigkeiten fordern, so müssen sie auch die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen. Sofern hier ein Missverhältnis existiert, so muss man den Mut und den Willen zur Korrektur aufbringen. Die Zweifel wachsen, ob die Politik diesen im Prinzip unbestrittenen Zusammenhang gegenwärtig umzusetzen bereit ist.

In diesem Kontext wurde deutliche Kritik sowohl an der alten wie auch an der neuen Bundesregierung geübt. Bereits zum Ende der Legislaturperiode sei die Notwendigkeit einer Balance zwischen Aufgabenspektrum und Mittelausstattung nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die krasse Unterfinanzierung der Bundeswehr sei nicht erst ein Problem der letzten beiden Jahre, sondern sei bereits weit früher entstanden. Die „Friedensdividende“ sei zu hoch ausgefallen. Der Verteidigungshaushalt sei in den

letzten zehn Jahren – trotz der erkennbaren Notwendigkeit für durchgreifende und kostenträchtige Reformen und trotz immer wieder geäußerter anders lautender Absichten – stetig verringert worden. Die populäre Formulierung, dass Deutschland „von Freunden umzingelt ist“ und deshalb seine militärische Stärke immer weiter verringern könne, sei in dreifacher Hinsicht falsch und irreführend:

Erstens würde dadurch verkannt, dass der Ost-West-Konflikt mit seinen klar berechenbaren Feindstärken und Bedrohungsszenarien (und den daraus ebenso klar ableitbaren Forderungen an die eigenen Fähigkeiten) eine „historische Anomalie“ darstellte. Der Normalfall sei hingegen die Sicherheitsvorsorge in einem diffusen Bedrohungsumfeld. Seit Mitte der neunziger Jahre habe es keine grundlegenden positiven Veränderungen der sicherheitspolitischen Gesamtlage Deutschlands mehr gegeben, die ein weiteres stetiges Absenken der militärischen Stärke gerechtfertigt hätten. Im Gegenteil: Neue Aufgaben und neue Verpflichtungen seien neben die alten getreten. *Zweitens* würde übersehen, dass sich Bedrohungen deutscher Interessen auch an den Grenzen der Nachbarn und Bündnispartner, auf See oder aus dem Luftraum ergeben könnten.

Drittens würde durch die Illusion der vermeintlichen Vorhersehbarkeit größerer Sicherheit die Erkenntnis der Notwendigkeit militärischer Sicherheitsvorsorge und damit die Zustimmung zu den damit verbundenen finanziellen Kosten in der Öffentlichkeit weiter schwinden.

Der Sparkurs der neuen Bundesregierung hätte die Kluft zwischen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und bereitgestellten Mitteln weiter vertieft. Kein Verteidigungsminister hätte mit so vielen Verspre-

chungen und Zusagen zur Verbesserung der Lage der Bundeswehr sein Amt angetreten wie Rudolf Scharping. Die Kürzung der Haushaltssätze durch den Finanzminister hätte all diesen Zusagen die finanzielle Grundlage entzogen, ohne dass je eine sicherheitspolitische Begründung für die geringere Mittelzuweisung hätte gegeben werden können. Wegen des offensichtlichen Schulterschlusses von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel glauben die Soldaten auch nicht mehr an eine Umverteilung im Bundeshaushalt zu Gunsten der Verteidigungsausgaben. Wenn es aber schon zu keinen nennenswerten Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr in den nächsten Jahren kommt, dann fordern die Soldaten zumindest einen längerfristig gesicherten Finanzrahmen, um eine tragfähige Planungsgrundlage für fünf bis zehn Jahre zu haben. Die Unsicherheiten, die dadurch entstehen, dass der Verteidigungshaushalt immer wieder zum Spielball für Koalitions- und Haushaltssauseinandersetzungen wird, seien ebenso schädlich wie die Mittelknappheit selbst. Die stetige Verkleinerung der Bundeswehr über die letzten Jahre führt die Soldaten zu der immer drängenderen Frage, wo diese „Rutschbahn“ enden wird. Diese Unsicherheit belastet doppelt: professionell, weil sie erkennen, dass die Mittel zur Auftragserfüllung fehlen, privat, weil sie sich in ihrer Lebensplanung beeinträchtigt fühlen.

Das unter der neuen Regierung offener gewordene Diskussionsklima in der Bundeswehr wird von den Soldaten sehr begrüßt, es kann aber über die Enttäuschung von der Gleichgültigkeit, mit der gerade der Finanzminister die Nöte der Bundeswehr zu behandeln scheint, nicht hinweghelfen. Bestenfalls das Krisenmanagement wie der-

zeit auf dem Balkan würde noch als eine Aufgabe anerkannt, für die vor allem das Heer von großer Bedeutung ist. Dass aber Luftstreitkräfte oder die Marine von ebenso grundlegender Bedeutung für die Fähigkeiten eines Landes sind, seinen politischen und strategischen Handlungsspielraum zu erhalten, wird von der deutschen Politik nach Ansicht der Soldaten weitgehend verkannt oder mit Blick auf weitere anstehende Kürzungen im Haushalt bewusst in der Öffentlichkeit ignoriert.

Die Vielzahl der aktuell vorgelegten Konzeptionen zur künftigen Struktur der Bundeswehr führt an der Basis eher zur Verunsicherung als zu mehr Vertrauen in die Politik. Das gilt umso mehr, als die Soldaten das Gefühl haben, dass „über ihre Köpfe“ hinweg und ohne ausreichende Kenntnis der akuten Probleme der Streitkräfte entschieden wird. Die Kritik galt insbesondere der vom Minister eingesetzten „Zukunftscommission Bundeswehr“ und deren stückweise an die Öffentlichkeit gelangten Vorschläge. Daraus wird nach Ansicht der Bundeswehrangehörigen deutlich, dass die Kommission völlig andere Vorstellungen von der Zukunft der Bundeswehr hat als der Verteidigungsminister und sein Stab. Damit würden die Unsicherheiten hinsichtlich der Zukunft der Bundeswehr noch erhöht. Kritik richtete sich aber insbesondere gegen die Einsetzung der Kommission selbst, da hierdurch die drängenden Entscheidungen zur künftigen Ausgestaltung der Streitkräfte bewusst um achtzehn Monate verzögert worden seien.

Die Neugestaltung der Bundeswehr

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung der Bundeswehr ist für die überwiegende Mehrheit der Soldaten

unabweisbar. Die Bundeswehr widersetzt sich weder Sparbemühungen noch strukturellen Anpassungen an neue politische und militärische Herausforderungen. Auch Einschnitte beim Personalbestand werden als nachvollziehbar angesehen, sofern sie strategisch und sicherheitspolitisch zu rechtfertigen sind.

Die Bündnisfähigkeit Deutschlands ist hier ein zentrales Kriterium. Die Offiziere der Bundeswehr kennen sehr wohl die genauen Streitkräftezahlen, die Deutschland nach der derzeit gültigen NATO-Planung für eventuelle Verteidigungsoperationen in Nord-, Ost- oder Südosteuropa bereitstellen muss. Hinzu kommen die Verpflichtungen, die Deutschland mit Blick auf die Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsidentität“ eingegangen ist. Des Weiteren sei die Forderung nach der Fähigkeit zur Durchführung internationaler Einsätze in mehr als einem Krisenherd zu erfüllen. Schon heute ist die Bündnisfähigkeit Deutschlands – selbst nach den Aussagen des Bundesverteidigungsministers – nicht mehr voll gegeben. Werde dieser Trend nicht umgekehrt, so müsste Deutschland ehrlicherweise erklären, dass es die in der NATO und in der EU eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr wahrnehmen könne. Eine derartige Vernachlässigung der Bündnispflichten des stärksten europäischen Bündnispartners hätte gewiss Einfluss auf den Fortbestand der NATO, die verteidigungspolitischen Anstrengungen der Europäischen Union und nicht zuletzt auf die militärische Präsenz der USA in Europa.

Zudem wurde häufig kritisiert, dass Strukturen und Ausrüstung nach wie vor zu stark an den Erfordernissen der Landesverteidigung auf eigenem Territorium orientiert sind. Stattdessen müsste man sich aber eher auf den derzeitigen Regelfall der Krisenbe-

wältigung außerhalb der Landesgrenzen einstellen. Diese neuen Aufgaben sollten nach Ansicht vieler Soldaten auch nicht mit beschönigenden Begriffen wie „Bündnisverteidigung an der Peripherie“ umschrieben werden. Letztlich gehe es um „Interventionsfähigkeit“ – dies solle man auch so nennen.

Grundlegende Veränderungen innerhalb der Bundeswehr wurden insbesondere für den Bereich der militärischen Führung gefordert. Das Führerkorps der Bundeswehr sei noch auf eine Streitkräftestärke von 370 000 Mann ausgerichtet. Bei einem derzeitigen Personalbestand von etwa 320 000 Soldaten ergebe sich ein erheblicher struktureller Überhang. Die Folge sei ein Beförderungsstau (einige Soldaten sprachen von derzeit 7000 Überhangstellen), der die Effizienzhemme und zu weiteren Frustrationen führe. Andere wiesen darauf hin, dass die Führerdichte bei Auslandseinsätzen bei den zurückbleibenden Teilen der Verbände unzureichend sei. Die Bundeswehr hat nicht nur ein überaltertes Führerkorps, sondern auch eines, das auf Grund der vorgegebenen Organisation planstellenmäßig unflexibel zu handhaben ist. Abhilfe könnte nach Ansicht von Soldaten eine verstärkte Frühpensionierung bringen oder das Altersteilzeitmodell, wie es bereits in zivilen Berufen praktiziert wird. Darüber hinaus wurde auf ein „Bonussystem“ verwiesen, das in den französischen Streitkräften praktiziert wird. Mit der Zahl der Auslandseinsätze erwerben französische Militärs Bonuspunkte, die es ihnen erlauben, früher in den Ruhestand zu treten.

Auch wird nach Meinung von Bundeswehrangehörigen ohnehin in Deutschland der Auslandseinsatz im Gegensatz zur „Schreibtätigkeit zu Hause“ zu wenig positiv in der Laufbahn des Soldaten berücksichtigt.

Sie fordern, dass sich die Einsätze in Krisenregionen positiv auf die weitere Karriereplanung auswirken müssen.

Neben der Verschlankung und Verjüngung des Führerkorps war die Frage der Nachwuchswerbung ein häufiges Debattenthema. Dabei wurde nicht nur festgestellt, dass die Bundeswehr in ihrem derzeitigen Zustand kein besonders attraktiver Arbeitgeber ist. Vor allem wurde darauf verwiesen, dass die Bundeswehr in der Freiwilligenrekrutierung mit der Polizei oder dem Bundesgrenzschutz konkurriert. Diese Organisationen böten meist Lebensstellungen, während die Bundeswehr auf Zeit rekrutierte. Um diesen Mangel auszugleichen, sei eine flexiblere und marktgerechtere Ausgestaltung der Laufbahngestaltung umgänglich.

Immer wieder wurde erwähnt, dass eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr zu Standortschließungen in der Größenordnung von mehreren hundert Standorten führen muss. Damit würde aber das Problem der Bundeswehr als wirtschaftliche Größe gerade in strukturschwachen Regionen ins Zentrum rücken. Die zu erwartende politische Standortdebatte wird insbesondere als ein Problem für die kommunalen Vertreter in den neuen Bundesländern gesehen, die in diesen Fragen weitgehend unerfahren seien. Das allgemein geringe Interesse an verteidigungspolitischen Fragen in den neuen Ländern führe dazu, dass die Rolle der Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor noch zu wenig verstanden würde.

Probleme der Auftragserfüllung

Die deutlichste Missbilligung – bis hin zur Resignation – wurde hinsichtlich der alltäglichen Arbeitsbedingungen in der Truppe geäußert. Immer weniger Soldaten sehen

sich in der Lage, ihren Auftrag in dem erforderlichen Maße zu erfüllen. Gerade auf Grund der Einsparungen bei den Betriebsausgaben sei eine aufgabengerechte Ausbildungs- und Übungstätigkeit nicht mehr möglich. Insbesondere die Offiziere halten es mit ihrem Berufsethos zunehmend für unvereinbar, den ihnen unterstellten Soldaten nicht die Ausbildungsstandards geben zu können, die sie angesichts der künftigen Aufgaben der Bundeswehr für zwingend notwendig ansehenen. Klagen häuften sich im Schwerpunkt bei den Hauptverteidigungskräften (HVK), die mit besonders veraltetem Material ausgestattet seien. Ohnehin sei die Trennung der Truppe in Krisenreaktionskräfte (KRK) und Hauptverteidigungskräfte in der Realität heute nicht mehr gegeben. Auf Grund der Unverträglichkeit der heutigen Bundeswehrstrukturen mit den Anforderungen der Kriseneinsätze würden zunehmend auch Teile der HVK-Kräfte in den Kriseneinsatz geschickt – im Kosovo beträgt der Anteil der HVK-Kräfte etwa sechzig Prozent. Dies hätte bei den zurückgebliebenen Einheiten einen krassen Führermangel zur Folge – ungeachtet des bekannten Überhangs. So sei ein Chef für zwei Kompanien oder Gruppenstärken von 25 Mann (normal acht bis zehn Mann) keine Seltenheit. Mängel in der Ausbildung seien die Folge, die Ziele der Zweit- und Dritt-ATNs (ATN = Allgemeiner Tätigkeitsnachweis) würden häufig nicht mehr erreicht, dadurch entstehende Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen nähmen zu.

Hinzu komme die zunehmende „Verbeamung“ des Soldatenberufes durch ständig steigenden Verwaltungsaufwand. Zugführer, die zu fünfzig Prozent mit administrativen Aufgaben befasst seien oder Kompaniechefs, die achtzig Prozent ihrer Zeit am Schreibtisch verbrächten, verlören den

Kontakt zur Truppe. Gerade junge Berufssoldaten seien zur Bundeswehr gekommen, um vielfältige Verantwortung für die ihnen unterstellten Soldaten zu übernehmen und diese persönlich führen zu können – genau hierzu käme es immer weniger. Die damit verbundene Schwächung der Motivation und der Disziplin hätte zwei grundlegende Konsequenzen. Zum einen könnten das gerade für die Effizienz der Truppe unverzichtbare „Wir-Gefühl“ auf Kompanieebene und das Moment der Kameradschaft auf individueller Ebene nicht mehr auftreten. Zum anderen führe die um sich greifende Resignation dazu, dass die Bereitschaft zur Improvisation unter schwierigen Bedingungen (so haben sich während des Oderhochwassers die Truppenführer ohne Kostenersstattung über ihre privaten Mobiltelefone verständigt, da die dienstlichen Funkgeräte unzureichend waren) immer weiter abnehmen würde.

Konkret wurden viele Einzelbeispiele für Ausrüstungsmängel genannt, die sicherlich nicht immer neu, aber mit Blick auf die Motivation der Truppe sehr ernst zu nehmen sind. Gerade im technischen Bereich wurden das Alter der Ausstattung („Die Fahrzeuge sind älter als die Soldaten“) und die damit verbundene Unzuverlässigkeit beklagt. Soldaten schilderten, dass sie die meiste Zeit damit verbrachten, Ersatzteile aus- und einzubauen, um durch diese Art von „Kannibalisierung“ zumindest einen Teil des Fuhrparks funktionsfähig halten zu können. Ähnlich argumentierte auch der technische Dienst auf einem Fliegerhorst der Luftwaffe. Dennoch liege der „Klarstand“ an Fahrzeugen in vielen Bereichen deutlich unter fünfzig Prozent. Selbst Standardausrüstung in Büros sei nicht vorhanden. Computer – soweit überhaupt existent – seien „deutlich älter als das, womit der

Sohn zu Hause spielt“. Obgleich der Verteidigungsminister zugesagt habe, alle Einheiten mit Fotokopiergeräten auszustatten, so berichtete ein Wehrpflichtiger, müsse er für jede Kopie einen zehnminütigen Fußmarsch zum Brigadegebäude antreten. Zeitsoldaten beklagen insbesondere, dass, als Folge der Mittelknappheit, die Standards ihrer Ausbildungs- und Diensttätigkeit in der Bundeswehr – soweit vergleichbar – deutlich hinter den Maßstäben der Privatwirtschaft zurückblieben. Entsprechend schwierig sei der Weg zurück in eine zivile Tätigkeit. Das gelte umso mehr, als eine praxiskonforme Berufsförderung immer noch weitgehend fehle.

Ebenfalls deutliche Klagen kamen aus den Reihen der Wehrpflichtigen. Die Kasernen, gerade in den alten Bundesländern, seien zum großen Teil in „erbärmlichem Zustand“. Schlechte Ausstattung im Wohn- und Freizeitbereich sowie unzureichende Infrastruktur führten bei vielen Wehrpflichtigen zu dem Gefühl, „wie weggesperrt“ zu sein. Dies führt wiederum zu Klagen von Seiten der Ausbilder. Junge Soldaten seien bereits in den ersten Wochen auf Grund schlechter Ausrüstung (keine regendichte Kleidung, fehlende Handschuhe) sowie der Unterbringung in völlig veralteten Unterkünften derart demotiviert, dass selbst Versuche einer attraktiven Dienstgestaltung durch die Ausbilder wenig Ausgleich bieten könnten.

Krisenmanagement

Die neuen Aufgaben, etwa im Bereich der Katastrophenhilfe oder des Krisenmanagements, die auf die Streitkräfte in den letzten Jahren zugekommen sind, werden von den Bundeswehrangehörigen sehr positiv gesehen. Anders als im Alltagsbetrieb sei in Kri-

sensituationen das Engagement ohnehin höher.

Allerdings würden Engagement und Leistungswille der Soldaten beim Krisenmanagement durch konkrete Mängel erheblich beeinträchtigt. Zum einen wurden Schwächen beim Lufttransport beklagt. Altersschwache Hubschrauber mit mehr als dreißig Dienstjahren würden die Sicherheit der Piloten und Passagiere gefährden. Bei Flügen nach Kroatien würden häufige Pannen der Flugzeuge die Soldaten zu mehrmaligem Umsteigen zwingen. Zum anderen ist es insbesondere die persönliche und private Belastung durch zu häufige Auslandseinsätze, die immer wieder hervorgehoben wurden. Dies gelte sowohl für die Dauer des Aufenthaltes wie auch für die Frequenz der Einsätze. Die Verlängerung der Einsatzzeit für Krisenmanagement-Operationen von einstmals vier auf heute sechs Monate wird als übermäßige Belastung empfunden. Darunter leide nicht nur die Befindlichkeit der betroffenen Soldaten, sondern insbesondere die Effizienz der Truppe, da nach mehr als vier Monaten Auslandseinsatz unter schwierigsten Bedingungen einfach „die Luft raus“ sei.

Die offiziell verkündete Regelung, dass nach einem sechsmonatigen Kriseneinsatz eine zweijährige Heimatverwendung gesichert ist, sei kein hinlänglicher Ausgleich. Dies gelte umso mehr, als sie in der Realität gerade für „Spezialisten“ (wie etwa Techniker) ohnehin nicht eingehalten werden könne. Wenn aber diese Fachleute immer wieder in den Auslandseinsatz geschickt würden, so führe das zu inakzeptablen persönlichen und familiären Belastungen. Manche Soldaten fürchten, durch zu viele Auslandseinsätze zum knallharten *Universal Soldier* zu werden, der seine soziale Bindefähigkeit verliert.

Unter den Auslandseinsätzen leidet insbesondere das Sanitätswesen der Bundeswehr. Nach Aussagen von Sanitätsoffizieren steht es „am Rande des Kollapses“. Die immer wieder gemachten Zusagen der Politik, dass die gleichen Sanitätsstandards für Soldaten im Ausland wie in der Heimat gelten müssten und dass der Sanitätsdienst der Qualität eines Kreiskrankenhauses entsprechen sollte, werden natürlich begrüßt. Allerdings führen die hohen sanitätsdienstlichen Anforderungen in den Einsatzgebieten zu Einbußen an den Heimatstandorten, wo dann die Zusagen nicht mehr eingehalten werden können.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde harsche Kritik an der Reservistenkonzeption geäußert, da die Zahl der Wehrübungsplätze von 2500 auf 1500 reduziert worden sei. Dies führe dazu, dass immer seltener einsatzbereite und einsatzwillige Reservisten personelle Engpässe überbrücken könnten. Hier verkümmere ein Potenzial hoch motivierter und gut ausgebildeter Soldaten, das über Jahre für diese Fälle aufgebaut worden sei und das eine Ausgangsbasis für die unverzichtbare Aufwuchsfähigkeit bilde.

Einsparung durch „Outsourcing“?

Die unzureichenden Finanzmittel sowie die Einschätzung, dass mit einer Änderung der Prioritäten im Bundeshaushalt zu Gunsten der Streitkräfte nicht zu rechnen ist, haben das Thema „Einsparung durch Rationalisierung“ in vielen Veranstaltungen zum Gegenstand von ernsten Diskussionen werden lassen. Von politischer Seite werde der Eindruck erweckt, als könne die Finanzkrise der Bundeswehr mit den Mitteln der Rationalisierung und des *Outsourcing* (die Übertragung bestimmter Aufgaben an privatwirt-

schaftliche Unternehmen) behoben werden. Dem widersprachen die Soldaten entschieden. Auch die medienwirksam verkündete Vereinbarung zwischen großen Industrieunternehmen und der Bundeswehr über eine „Agentur für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ sei kein Allheilmittel, da auch die Industrie „nichts zu verschenken“ habe. Darüber hinaus sei Rationalisierung schon seit Jahrzehnten in allen Bereichen der Bundeswehr praktiziert worden. Der Einspareffekt sei entweder eher gering gewesen oder habe zu einer völligen Veränderung der Leistungsfähigkeit geführt. Schon vor Jahren hätte man die Pkw-Wartung in privaten Werkstätten durchführen lassen, obgleich dies in der Kaserne wesentlich billiger gewesen wäre.

Dennoch wurden konkrete Ideen unterbreitet. So sei nicht einzusehen, dass noch immer viele Dienstfahrzeuge für Kommandeure im Friedensdienst in der teuren olivgrünen Tarnfarbe lackiert seien. Hier könnte auf Pkw „von der Stange“ zurückgegriffen werden. Auch könnte der inländische Gütertransport über weite Distanzen von der Privatwirtschaft billiger geleistet werden. Insbesondere in Spitzenzeiten könnte hierauf zurückgegriffen werden, um nicht permanent zu hohe Transportkapazitäten unterhalten zu müssen. Auch sollten bestimmte Aufgaben nicht von Soldaten, sondern von zivilen Angestellten wahrgenommen werden (Sportlehrer, Gefahrgut-Ingenieure, Mitarbeiter im Sanitätsbereich). Das Tätigkeitsfeld von Soldaten müsse weit stärker auf die militärischen Kernaufgaben beschränkt werden.

Allerdings wurde auch auf die negativen Folgen der Abhängigkeit von der Privatwirtschaft hingewiesen, da die „Kernfähigkeiten“ der Bundeswehr leiden könnten. So würden für bestimmte Schweißarbeiten an

Panzern bereits jetzt Privatfirmen eingesetzt. Diese würden sich aber weigern, derartige Aufgaben auch in Krisenregionen – wie etwa im Kosovo – zu leisten. Andere NATO-Partner hätten dieses generelle Problem dergestalt gelöst, dass sie weit zweckmäßiger Verträge mit der Industrie abgeschlossen hätten.

Einigkeit bestand dahingehend, dass Einsparerfolge sich erst sehr langfristig einstellen würden, während die Haushaltskürzungen unmittelbar zum Tragen kämen. Darauf hinaus wurde immer wieder bezweifelt, dass Einsparungen durch Rationalisierung letztlich der Bundeswehr selbst zugute kämen. Vielmehr würden sie von anderen Ressorts konsumiert.

Die Zukunft der Wehrpflicht

Zur Frage der Wehrpflicht ergab sich aus den Diskussionen ein zwiespältiges Bild. Grundsätzlich wurde die Wehrpflicht von den aktiven Soldaten einhellig bejaht. Diese Wehrform halte die Bundeswehr flexibel und lebendig. Neben staatspolitischen Argumenten (Staatsbürger in Uniform) wurden insbesondere sicherheitspolitische Begründungen für die Wehrpflicht genannt. Sie erhalte vor allem die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte sowie die Rekrutierungsmöglichkeiten von fähigem Nachwuchs und damit die Qualität der Bundeswehr. Eine zeitliche Verkürzung des Wehrdienstes mit der Tendenz zu einem „Schnupperkurs in Grün“ wurde mehrheitlich abgelehnt, da bereits jetzt kaum noch eine ausreichende Ausbildung und eine flexible Verwendung der Wehrpflichtigen möglich seien. Die Dauer des Wehrdienstes sei nicht beliebig, sondern müsse sich aus den geforderten Fähigkeiten der Truppe und somit aus den Anforderungen an die Soldaten er-

geben. Auch dem Argument, dass weitere Verkürzungen durch eine „Straffung“ der Ausbildung aufgefangen werden könnten, wurde widersprochen, da dieses Instrument bereits ausgereizt sei. Auch würde mit kürzerer Wehrpflichtdauer der allgemeine Verwaltungsaufwand steigen, da mehr Einberufungsrunden pro Jahr organisiert werden müssten (einschließlich Einkleidung, Ausrüstung et cetera). Die Mittel für dadurch entstehende Kosten würden an anderer Stelle wieder fehlen.

Ungeachtet der Zustimmung der Bundeswehrsoldaten zur Wehrpflicht, bewerten viele die Chancen für den Erhalt dieser Wehrform eher schlecht, da wesentliche Trends in Richtung Berufsarmee zeigen würden. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Militärdienst von Frauen würde die Basis der Wehrpflicht ebenso aufweichen wie die vielen Vorschläge zur Verkürzung des Wehrdienstes. Die zu erwartende weitere Reduzierung der Wehrdienstdauer auf weniger als zehn Monate (W 10) würden letztendlich den Trend zu „W 0“ beschleunigen. Auch gebe es bereits jetzt de facto eine „Wahlfreiheit“ zwischen Wehrdienst und Zivildienst. Viele Soldaten vermuteten, dass viele Politiker allein deshalb an der Wehrpflicht festhielten, weil sie die sozialpolitischen Konsequenzen fürchteten. Ohne Wehrpflichtgäbe es keinen Wehrsatzdienst, der wiederum zwingende Voraussetzung für das Funktionieren sozialer, medizinischer oder karitativer Einrichtungen sei. Die grundsätzlich hohe Zustimmung der Öffentlichkeit zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht sei kaum ein Trost: Offenbar setze sich bei jungen Menschen die Haltung durch: „Wehrpflicht ja – aber ohne mich.“

Im eigentümlichen Gegensatz zu den positiven Aussagen zur Wehrpflichtarmee steht

die Einschätzung vieler Offiziere zu der Notwendigkeit hoher Professionalität in den Streitkräften. Je mehr das Erfordernis der Landesverteidigung in den Hintergrund trete und die politisch gewollten Aufgaben der Bundeswehr – wie etwa das Krisenmanagement im Rahmen von NATO oder Vereinten Nationen – zum „Normalfall“ würden, desto professioneller müssten die Streitkräfte sein. Mehrere Offiziere erklärten, dass sie natürlich für die Wehrpflicht seien, in der Praxis aber lieber mit Zeit- oder Berufssoldaten zusammenarbeiteten. Auch würden in Krisenregionen keine Wehrpflichtigen eingesetzt, sondern freiwillig Längerdiene (FWL). Diese seien aber nicht aus staatspolitischen Überlegungen bei der Bundeswehr geblieben (Staatsbürger in Uniform), sondern verständen ihre Tätigkeit als zeitlich begrenzten Beruf. Damit würden aber genau die Soldaten in den Einsatz geschickt (Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, FWL), deren Denkweise eher einer Berufsarmee entspricht, obwohl die Politik keine Berufsarmee wolle. Dies sei angesichts der konkreten Anforderungen im Krisengebiet aber unumgänglich (Zitat eines Offiziers: „Mir ist im Kosovo ein Kraftfahrer, der seinen Job versteht, lieber als ein Abiturient, der sich mit der Rolle von Streitkräften in der Demokratie auskennt“). Allerdings führte dieser Trend bei vielen Soldaten zu einer gewissen Nachdenklichkeit, da sie sich mit dem Aufweichen der Wehrpflicht auf dem Weg zu „einer anderen Bundeswehr“ sehen.

Zehn Forderungen an die Politik

Die Ergebnisse der Diskussionen mit Angehörigen der Bundeswehr lassen sich im Wesentlichen in folgende Forderungen und Appelle aus der Bundeswehr an die Poli-

tik zusammenfassen, die mit gewünschten Haupthandlungsfeldern gleichzusetzen sind. Die Kernelemente dieser Appelle dürfen nicht separat gesehen werden, sie bedingen einander und berühren zum Teil identische Bereiche des Gesamtsystems Bundeswehr. Für die Soldaten stellen sie jedoch Schwerpunkte beim Ansatz zur Behebung der aktuellen Probleme der Streitkräfte dar.

Die Bundeswehr hat einen Anspruch auf ein dauerhaftes Bekenntnis von Gesellschaft und Regierung zu Form und Auftrag der Streitkräfte. Die Soldaten fordern, dass die Politik ihre Verantwortung als Auftraggeber der Bundeswehr ernst nimmt und gegenüber den Soldaten mit offenen Karten spielt. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich entscheidend verändert. Der Auftrag der Bundeswehr muss daher neu definiert und politisch entschieden werden.

Die wesentliche Aufgabe der Bundeswehr bleibt zwar die kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO, doch Verteidigung bedeutet heute, Gefahren und Risiken vom NATO-Vertragsgebiet – und damit von Deutschland – fern zu halten. Dies verlangt von der Bundeswehr, an Einsätzen von UNO, NATO oder Europäischer Union teilzunehmen, sofern Regierung und Parlament dies beschließen.

Weitere drastische Reduzierungen der Stärke der Bundeswehr sind sicherheitspolitisch nicht zu begründen. Das gegebene Risikospektrum lässt dies nicht zu. Auch stehen die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen dem ebenso entgegen wie die angesichts des deutschen Gewichts berechtigten Erwartungen der Partner in der NATO und in Europa. Die eindeutige und öffentliche Darlegung der Risiken und Gefahren, zu denen

sich die Bundesregierung in zahlreichen Bündnisdokumenten bekannt hat (insbesondere im Strategischen Konzept der NATO von 1999) steht noch aus. Würde sie in der gebotenen Klarheit erfolgen, so wäre eine breite öffentliche Zustimmung zur Notwendigkeit militärischer Sicherheitsvorsorge und zu den dafür notwendigen Aufwendungen zu erwarten. Die Soldaten kennen die Verpflichtungen, welche die Bundesregierung in NATO und EU eingegangen ist: Defense Capabilities Initiative der NATO, EU-Beschluss von Helsinki zur Schaffung einer europäischen Eingreiftruppe bis zum Jahr 2003 sowie die EU-Selbstverpflichtung von Sintra, etwa 0,7 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts für Verteidigungsinvestitionen aufzuwenden. Nun erwarten die Soldaten, dass den Worten Taten folgen werden.

Die Soldaten verstehen auch, dass die Bundeswehr in ihrer Größe und Struktur den veränderten Anforderungen angepasst werden muss. Allerdings muss dieser Anpassungsprozess an sicherheitspolitischen Erfordernissen und nicht an politischen Opportunitäten orientiert sein. Willkürliche Zahlenspiele verbittern, weil sie den Eindruck einer „Rutschbahn“ vermitteln, deren Ende nicht absehbar ist.

Die Bundeswehr muss die Mittel erhalten, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind.

Die Angehörigen der Bundeswehr sind sich der Notwendigkeit der Haushaltksolidierung durchaus bewusst. Allerdings gibt es Grenzen, an denen die Funktionsfähigkeit des „Gesamtsystems Bundeswehr“ gefährdet wird. Diese Grenze ist bereits überschritten. Der Haushalt ist unausgewogen, erlaubt kaum Modernisierungen und lässt keinen Raum für die in NATO und EU eingegangenen Verpflichtungen.

Die Soldaten wollen ihre Aufgaben verantwortungsvoll und effizient ausführen und erwarten die hierfür erforderlichen Mittel. Darüber hinaus erwarten sie insbesondere eine langfristige Planungssicherheit, in der die Mittelzuweisung nicht stets zum Gegenstand von Koalitionsauseinandersetzungen wird. Der Verteidigungshaushalt muss Ausdruck der sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands sein und nicht Ergebnis einer buchhalterischen Übung.

Die Bundeswehr muss wieder bündnisfähig und zusätzlich europäisch werden.

Für die Soldaten ist die Einbindung der Bundeswehr in internationale Strukturen ein elementarer Teil ihres Selbstverständnisses. Die Soldaten wissen auch, dass neben Personal gleichermaßen Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung die Rolle der Bundeswehr in der NATO oder der Europäischen Union prägen. Sie fordern deshalb eine Ausstattung, welche die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern ermöglicht und die dem politischen Gewicht Deutschlands entspricht.

Die heute bestehenden Lücken können auch durch noch so gute Leistungen der Soldaten nicht geschlossen werden. Darüber hinaus wissen die Soldaten, dass technologische Leistungsfähigkeit der beste Schutz im Einsatz ist. Je geringer das Risiko für die eingesetzten Soldaten, desto größer ist die Handlungsfreiheit der Regierung.

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen muss klar definiert und von der Politik aktiv vertreten werden. Die Soldaten begreifen die Bundeswehr als Mittel der Politik, das politischen und strategischen Handlungsspielraum schafft. Diese Einordnung der Streitkräfte in die Grundaufgaben des Staates muss die Politik aktiv in der Öffentlichkeit vertreten. *Sie* ist für das Werben um Akze-

tanz in der Öffentlichkeit verantwortlich. Die Bundeswehr kann und darf dazu nur einen Beitrag leisten.

Die Wehrpflicht ist in der gegebenen Lage nach wie vor begründbar und bleibt auch militärisch geboten. Die Wehrpflicht muss aber auch für den Wehrpflichtigen selbst sinnhaft bleiben. Sie darf nicht durch eine weitere Verkürzung der Wehrdienstdauer, die diese Sinnhaftigkeit infrage stellt, zu einer Belastung für die Truppe werden. Die Soldaten akzeptieren sehr wohl eine Weiterentwicklung der Wehrpflicht, diese muss aber dem Auftrag der Bundeswehr entsprechen. Folglich sind die Soldaten zunehmend verbittert, wenn die Wehrdienstdauer allein nach Kriterien des kurzfristigen Nutzens und der Öffentlichkeitswirksamkeit bemessen wird.

Der umfangreiche und flexible Einsatz von Reservisten ist ein wichtiges Mittel, personelle Engpässe auszugleichen. Umso weniger Verständnis hat die Bundeswehr für die erhebliche Kürzung bei den Wehrübungsplätzen – zumal die Politik öffentlich immer wieder die Bedeutung der Reservisten herausstellt. Gerade in Anbetracht der neuen Herausforderungen im Bereich des Krisenmanagements ist die Anpassung der Reservistenkonzeption unumgänglich. Rationalisierung und *Outsourcing* müssen ergebnis- und erfolgsorientiert sein. Man widersetzt sich keinesfalls Sparzwängen und Rationalisierungsbemühungen, die allerdings für die gesamte Bundeswehr – ein-

schließlich der Bundeswehrverwaltung – gelten müssen. Die Soldaten wollen diese Ansätze und erwarten die konsequente Anwendung der *Revolution in Business Affairs* (analog zum bekannten Schlagwort der *Revolution in Military Affairs*). Die Soldaten befürworten kommerzielle Betreiber in Streitkräften und Verwaltung, sofern sie mindestens gleiche Leistungen bei geringeren Kosten erbringen und die Fähigkeit der Truppe im Einsatz nicht gemindert wird.

Allerdings darf die Bundeswehr keine Spielwiese für immer wieder neue Einfälle in diesen Bereichen sein, insbesondere wenn die Erfolgsaussichten fragwürdig sind. Auch müssen Einsparerfolge wieder der Truppe zugute kommen und dürfen nicht als „Steinbruch“ zur Erfüllung der Forderungen anderer Ressorts werden.

Die Einsatzbedingungen – gerade im Bereich des Krisenmanagements – müssen zumindest gerecht sein.

Die Soldaten nehmen ihre neuen Aufgaben im Bereich des internationalen Krisenmanagements engagiert an. Allerdings müssen die Bedingungen – gerade mit Blick auf die Einsatzdauer – erträglich sein. Auch wird zunehmend zwischen den Anforderungen bei Kriseneinsätzen und beim „Heimatdienst“ unterschieden. Die Soldaten erwarten eine angemessene Berücksichtigung dieser Unterschiede in ihrer Laufbahngestaltung.

Das hier vorgestellte Projekt, an dem zahlreiche Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung mitgewirkt haben, wurde von Karl-Heinz Kamp betreut.

Europäischer Wackelpudding

„Frankreichs Präsident Chirac klagt mit Blick auf den drohenden neuen Rüstungswettlauf zwar über ‚furchtbare Konsequenzen‘. Berlin dagegen hat das Thema lange totgeschwiegen. Marschrichtung: Die Amerikaner machen eh, was sie wollen.“

(Sabine Rosenblacht am 16. Juni 2000 in *Die Woche*)